

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montag als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Frauen-Gewinn“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat September 180 Mk., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter entgegen. Fernsprecher: Bonn 1970, 1971 und 1972. Post-Bezugsnummer 2021. Redaktionssekretariat: Dönhoff 6593.

Verlag und Exped. Berlin NW 40, Kronprinzenufer 27, I.

Die Mitgliedschaften Konzeptionsstellen oder deren Raum kostet 25.— Mk., einschließlich Unterhaltungsbeilage. Kleinanzeigen: Das jetzige Monatsheft 1.— Mk., jedes weitere Wort 3.— Mk., einschließlich Unterhaltungsbeilage. Kleinanzeigen längere Zeilen, Familienanzeigen und Stellenangebote 16.— Mk. netto pro Zeile. Berlin-Beilage in Post-Anzeigen: das jetzige Monatsheft 2.— Mk., jedes weitere Wort 2.— Mk.

Redaktion: Fernsprecher Dönhoff 4190, 4191 und 4192, Berlin SW, 68, Ritterstr. 75, III.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ohne Verstand und Gewissen

Die Kommunisten im sächsischen Landtag

Sachsens Bevölkerung besteht aus drei Vierteln aus Arbeitern, Angestellten, Beamten. Wenn trotzdem die sozialistische Mehrheit im Landtag — einschließlich der 9 Kommunisten — nur zwei Stimmen betrug — 49 Sozialisten gegen 47 Bürgerliche —, so lag das daran, daß die kommunistische Zersplitterungsarbeit gerade in dem Augenblick ihren Höhepunkt erreicht hatte, in dem kurz nach Oalle der Wahlkampf begann. Die Folge war ein Bruderkampf zwischen den drei proletarischen Parteien, der den Bürgerlichen trefflich zuhatten kam. Das Bürgertum brachte fast den letzten Mann an die Wahlurne, während Tausende und aber Tausende von Arbeitern, angeekelt und verärgert durch die von den Kommunisten geschürten Zwistigkeiten, der Wahlurne fernblieben.

Trotz der geringen Stimmenehrlichkeit der Arbeiterpartei war die Möglichkeit einer erproblichen Arbeit gegeben. Aber die Kommunisten wollten kein gemeinsames Arbeiten im Interesse des Proletariats. Ihnen kam es lediglich darauf an, ihre speziellen Parteiinteressen zu fördern. Beim Zusammentritt des Landtags erklärte das damals tonangebende kommunistische Volksblatt in Halle: Unsere Genossen gehen nicht ins Parlament, um positive Arbeit zu leisten, sondern um den sozialistischen Parteien und der sozialistischen Regierung die Waage vom Gesicht zu reißen. Also nicht Kampf gegen das Bürgertum, sondern in erster Linie Kampf gegen die proletarischen Bruderparteien. Und diese Parole ist auch von den sächsischen Kommunisten innerhalb und außerhalb des Parlaments eingehalten worden.

Sin und wieder bewiesen die kommunistischen Abgeordneten in Sachsen durch ihre praktische Mitarbeit, daß sie das Versteck dieser Taktik einsehen. Sie haben wiederholt gemeinsam mit den sozialistischen Parteien im Ringen mit der bürgerlichen Opposition gestanden und haben anerkannt müssen, daß die sächsische Regierung im Kampf gegen die Reaktion tat, was überhaupt möglich war. Aber dann wurden sie auch regelmäßig von den Berliner Hänglingen und ihren gewissenlosen Werkzeugen verprügelt und den eigenen Parteigenossen als schlapp und lau denunziert. Und die Fraktionsmitglieder beugten sich gegen ihre bessere Ueberzeugung dem Diktat von Berlin. Sie wollten, wie der Kommunist Granz einmal im Landtag sagte, auch „nicht den Anschein erwecken, als wenn sie dem parlamentarischen Kreisläuferei verfielen.“ Dafür wollten sie aber den Anschein erwecken, daß sie viel „radikaler“ seien, als die sozialistischen Parteien. Sie stellten auf Anweisung von Berlin ganz unflinige Anträge, von deren Unmöglichkeit und Nichtannahme sie von vornherein selbst überzeugt waren, mit der Absicht, die Ablehnung dann gegen die sozialistischen Parteien und gegen die sozialistische Regierung auszuspielen. Aber nicht nur das.

Sie haben, genau wie die Bürgerlichen, die sozialistische Regierung bekämpft, sie wider besseres Wissen beschimpft, verunglimpft, verdächtigt und damit den gegenrevolutionären Rechtsparteien die Agitationsmittel und die Waffen gegen die Regierung und gegen die Arbeiterklasse geliefert. Diefür nur einige Beispiele:

Die Kommunisten gebärdeten sich als die „radikalsten Vertreter“ der Erwerbsloseninteressen. In Wirklichkeit mißbrauchten sie die Erwerbslosen für ihre Parteizwecke. Ein Kommunist sagte in einer Sitzung des Landtags: „Ich sage es hier ganz offen: Jawohl, wir haben diesen Antrag (der Erwerbslosen, der in Wirklichkeit von den Kommunisten herrührte) aufgearbeitet, um Parteigeschäfte zu machen.“ Hinterher hat er, um den unangenehmen Eindruck zu verwischen, die Worte im Protokoll gefälscht. Die Kommunisten putschten die Erwerbslosen zur Demonstration vor und im Parlament auf und verlangten schnelle Hilfe für die Arbeitslosen. In den Ausschüssen aber, als es galt, praktische Arbeit für die Arbeitslosen zu leisten, blühten die Kommunisten entweder durch Abwesenheit oder durch schließliche, oder sie stellten ganz unerfüllbare Anträge. Als diese Anträge dann, wie sie vorausgesehen hatten, abgelehnt wurden, denunzierten sie die Regierung und sozialistischen Parteien, sie hätten nichts für die Erwerbslosen übrig gelassen. Dabei wurde durch den Arbeitsminister Genossen Hädel festgestellt, daß die sozialistische sächsische Regierung, noch bevor die Anträge an den Landtag gekommen waren, aus eigener Initiative beim Reichsarbeitsministerium u. a. eine etwa 90 Prozent betragende Erhöhung der Unterstützungssätze gefordert hatte. Bei den Verhandlungen mit dem Arbeitsministerium haben auch die kommunistischen Vertreter anerkannt, daß die Regierung alles getan habe, was in ihrer Macht stand.

Als die bürgerlichen Parteien erklärten: dieser Regierung bewilligen wir keine Mittel, da taten die Kommunisten prompt das Gleiche und verzweigten der Regierung Arm und Bein mit den bürgerlichen Parteien die Grund- und Gewerbesteuer. Erst nach wochenlangen Verhandlungen, und

Das Barometer steht auf Sturm

Gestern Abend entlud sich der Zorn des Berliner Proletariats über Teuerung und Wucher in den zwanzig Volksversammlungen, die von den beiden sozialistischen Parteien und den Berliner Gewerkschaften einberufen worden waren, mit elementarer Gewalt. Ueberall überfüllte Massenversammlungen, Parallelversammlungen im Freien, brausende Zustimmung zu den Reden, begeisterte Annahme der Resolutionen, energische Abwehr kommunistischer Störungsversuche und jubelnde Begeisterung für die Einigung der sozialistischen Parteien. Die Massen erfüllt wieder der Glaube an ihre Kraft und Stärke in der geschlossenen einheitlichen Aktion, der Geist der Aktivität durchströmt sie wieder. Junker und Kapitalisten, die das arbeitende Volk schamlos plündern, sollen sich darüber nicht täuschen: Das Barometer steht auf Sturm!

Pharus-Säle

Die Versammlung in den Pharus-Sälen war schon vor Beginn abgebrochen, weil der Saal vollständig überfüllt war. Die Tische mußten entfernt werden, um allen Anstehenden Platz zu machen. Genosse Schlegel als erster Redner beschränkte die ocherpolitischen Ursachen der Teuerung. Einmal kommunistische Anführer fertigte er unter dem Beifall der Versammlung ab. Genosse Hera von der USP schilderte in großen Zügen die innerpolitischen Gründe, die die Teuerung auslösten und den Wucher hervorgerufen haben. Nicht die wahren Ursachen reparationskosten offen, auch die brutale Preispolitik der Kartelle und Trusts trotz der Schuld an der Not des Volkes. Viele wichtige Gebrauchsgüter seien höher gezeichnet, als die Entwertung der Mark gegenüber 1914 ausmacht. Ein Mittel zur Bekämpfung der unheimlichen Wucherpaktiken findet der Redner in der Vereinigung der Arbeiterklasse, die lebt durch die Einigung der beiden sozialistischen Parteien ihren Anfang nimmt. Es bricht bei der Ermahnung der Vereinigung der beiden Parteien brausender Jubel aus, der auch den Schluß der Rede befeuert.

Zwei Diskussionsredner, wovon der eine anwesend, der andere im Sinn der Referenten. Im Schlußwort führt Genosse Derr noch einmal die Genossenschaft des letzten Abends und der Schlußmerkel den Versammelten vor Augen. Noch einmal erwähnt er, nach der Vereinigung der USP und SPD, den Kampf wie vor der Sozialisten im alten Geist der ardenen Vorkämpfer zu führen.

Am Garten hatte sich inzwischen eine Parallelversammlung gebildet. Auch sprach Genosse Weide, dann Genosse Schlegel von der SPD, und zum Schluß der Kommunist Derr. Bei Schluß der Versammlung im Saal dauerte die Versammlung im Garten noch an.

Neukölln

Pünktlich um 7 Uhr eröffnete Genosse Keller die Versammlung und gab dem Genossen Meier das Wort, der die wirtschaftliche Lage erörterte. Kommunisten versuchten die Ausführungen zu unterbrechen. Sie wurden jedoch zur Ruhe verwiesen. Der Hinweis, daß zum guten Teil Schuld an den heutigen Zuständen der unheilbare Bruderkampf ge-

nachdem sie die für die Arbeiterschaft daraus entstehenden schwerwiegenden Folgen begriffen hatten, fielen sie um und stimmten für die Steuererlässe.

Die Kommunisten hatten eine Forderung der USP, aufgeführt und verlangten, daß die Regierung den konterrevolutionären Orgeschanden entgegenrete. Als aber die Regierung den Orgeschandten auseinanderjagte und ihre Waffenlager ausdoh, und als die ganze reaktionäre Meute gegen den Minister anstürmte, da fielen die Kommunisten der Regierung in den Rücken, indem sie nicht nur im Parlament, sondern auch in ihrer Presse und in Versammlungen die verlogene Behauptung aufstellten, die Regierung „unterstöße die Gegenrevolution und liefere die Arbeiter der Reaktion in die Hände.“

Als die Bürgerlichen alle Mittel in Bewegung setzten, um die so dringende Gemeindeförderung, die auch die kommunistischen Arbeiter wollen, zu verhindern, fanden sie die Hilfe der Kommunisten. Im Sonderauschuß, wo es auf jede Stimme ankommt und schnelle Arbeit geleistet werden muß, fehlten sie oft stundenlang und sabotierten dadurch die Beratungen. Bei anderer Gelegenheit stimmten sie für den Antrag der Bürgerlichen, daß die Regierungsvorlage keine geeignete Grundlage sei, obwohl sie im Plenum den Entwurf als eine geeignete Grundlage für die Ausschuhberatung bezeichnet hatten. In diesem Fall könnte man ihnen als einzigen Milderungsgrund anrechnen, daß ihre beiden

wesen ist, und daß es eine dringende Notwendigkeit ist, die Waffen gegeneinander niederzulegen, um so endlich zu einem politischen Machtfaktor zu werden, dessen Auswirkungen sich auf dem Wirtschaftsbereich bemerkbar machen würde, wurde mit stürmischen Beifall aufgenommen.

Als zweiter Redner sprach Genosse Grafmann vom ADGB.

Auf seinen Hinweis, daß nun bei der kommenden Einigung des Proletariats endlich die ganze Kraft zusammengefaßt werden muß, um durchzuhalten, erregte er auf der einen Seite lebhaften Widerspruch, während der Beifall der großen Mehrheit der Versammlung die Ausführungen des Genossen Grafmann untertrieb.

Vor dem Eintreten in die Diskussion setzten tumultuariae Szenen ein, in denen das Rufen der Mücke unterging. Dasselbe wiederholte sich bei Verlesen der Resolution, und nur dem schärfsten Auftreten unserer Parteigenossen gelang es, die Störer niederzuhalten. Die Diskussion setzte Redner aller drei Parteien.

Lichtenberg

In Lichtenberg sprachen vor überfülltem Saal gegen den von Agrariern, Groß- und Kleinhandel getriebenen Wucher die Genossen Stadtrat Schneider-Neudölln (USP) und Genosse Buschick (SPD). Von großem Beifall unterbrochen, appellierten die Referenten an die Einheitsfront und riefen zur Selbsthilfe der Konsumenten auf. In der Diskussion versuchte der Kommunist Gabel die eindrucksvollen Ausführungen zu vermissen. Trotzdem wurde die von dem Genossen Buschick in seinem Schlußwort vorgelegte Resolution gegen eine Stimme angenommen.

Charlottenburg

Die nach der Volks-Oberrealschule in Charlottenburg einberufene Versammlung erfreute sich ebenfalls eines guten Besuchs. Redner war Genosse Eduard Bernstein, der in treffenden Worten, vom stürmischen Beifall begleitet, Ursachen und Wirkungen der immer unerträglicher werdenden Teuerung zum Ausdruck brachte. Dem Vortrage schloß sich eine ausgiebige Debatte an, die hauptsächlich von Kommunisten bestritten wurden. Sie verhielten sich, da sie sich ziemlich stark vorkamen, die Versammlung zu führen, wurden aber sehr bald in ihre Schranken zurückverwiesen. Eine von der Versammlungsleitung vorgelegte Resolution wurde mit Dreiviertelmehrheit angenommen. Auch diese Versammlung war von zukunftsreichlicher Hoffnung in Hinsicht auf die Kämpfe des nunmehr auch organisatorisch der Vereinigung auftretendem Proletariats getragen.

Noahil

Im Gesellschaftshaus in der Bielestraße wurde die Versammlung von Kommunisten geleitet. Mehrere unserer Genossen wurden schwer mißhandelt. Später griff die Schupo ein.

Friedrichshagen

Die gutbesuchte Versammlung, an der sich auch eine größere Anzahl Kommunisten beteiligten, hörten die Ausführungen der Referenten, des Genossen Dorka von der SPD, und Rostin von der USP, mit großer Aufmerksamkeit an. Dorka schilderte die außerpolitischen, sowie die innerpolitischen Ursachen der herrschenden Teuerung und des Wuchers. Ein kommunistischer Redner, der sich wenig an die Tagesordnung hielt, verlangte Latein wie sie in der Betriebsräteversammlung zutage traten. Unsere Resolution wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Vertreter Kenner und Elredt von den Dingen, über die sie mitreden sollten, auch keine blasse Meinung hatten.

Die Kommunisten vertreten angeblich am entschiedensten die Interessen der Mieter gegen die Hausagrarier. Sie verlangten, daß die Regierung, die ja an dem Reichsgesetz nichts ändern kann, in den Ausführungsverordnungen die Mieter vor wucherischer Ausbeutung schütze. Als aber am 16. Juni die Gelegenheit da war, zu dem Referentenentwurf der Ausführungsverordnung Stellung zu nehmen, plänzte der Kommunist Kenner, der speziell vom Landeswohnungsamt zu einer Sitzung eingeladen worden war, durch Abwesenheit. Er überließ es dem Vertreter der USP, die Interessen der Mieter zu schützen.

In der Landtagssitzung am 30. März erhob Danarod bei Beratung des Justizgesetzes den abernen Vorwurf, die sächsische Regierung „begehe die Klassenjustiz“. In der nächsten Sitzung am 5. April stimmten die Kommunisten aus Dummheit — gegen den Justizetat und das Gehalt des Justizministers. Der Abgeordnete Stewert suchte diese Dummheit wieder gutzumachen durch die blamable Erklärung, seine Fraktion habe sich in einem „Fritium“ besunden, sonst hätte sie für das Ministergehalt gestimmt. Die bürgerlichen Parteien beunruhigten sofort die ihnen von den Kommunisten geschaffene günstige Situation. Die Demokraten verlangten noch in derselben Sitzung, die Regierung, die nach Ablehnung des Justizetats nicht mehr das Vertrauen

der Landtagsmehrheit habe, sollte zurücktreten und sich unter Dinguziehung bürgerlicher Minister neu bilden. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei aber bestritten die Auflösung des Landtags.

Den Mut, die Konsequenzen ihrer für die Arbeiterklasse verhängnisvollen Politik weiter zu ziehen, hatten die Kommunisten zunächst nicht. Sie lehnten es mit den beiden sozialistischen Parteien in der nächsten Sitzung am 8. April ab, die bürgerlichen Anträge auf die Tagesordnung zu setzen, oder zu diesem Zwecke noch eine besondere Sitzung während der Osterferien anzusetzen. Und am 11. Mai lehnten sie die Anträge mit ab. Aber am 15. Juni lehnten sie abermals in Etappen, diesmal die Einstellungen für die Polizei, ab. Um die Schuld und die Verantwortung für die aus dieser Torheit entstehenden Folgen von sich abzuwälzen, beauftragten sie, die sächsische Regierung sei reaktionär, sie habe nur die Geschäfte des kapitalistischen Bürgertums besorgt und nichts für die Arbeiter getan, und habe es durch Ablehnung berechtigter Arbeiterforderungen den Kommunisten unnötig gemacht, für den Staat zu stimmen. Das war ein unerhörter Schwindel und ein glattes Täuschungs- und Betrugsmasche gegen die Arbeiterklasse.

Dass die sozialistische Regierung Sachiens alles für die Arbeiterklasse unter Zurückdrängung der kapitalistischen Interessen getan hat, lehrt die Tatsache, daß nicht ein Gesetz verabschiedet worden ist, daß nicht ein Wutgebül und den beständigen Widerstand des vereinten Bürgertums gefunden hätte.

Diese Beispiele stehen sich durch zahlreiche weitere ergänzen. Das Letzte aber leisteten sich die Kommunisten, als das Bürgertum, ermutigt und unterstützt durch die kommunistischen Torheiten, im Landtage sich ansahnte, durch Auflösungsanträge und Volksbeschwerden und Volksentscheid die sozialistische Regierung und stürzen und die sozialistische Parlamentariermehrheit zu zerbrechen. In diesem Augenblick strengten die Kommunisten auf Befehl ihrer Berliner Zentrale die Arbeitgemeinschaft, indem sie, Arm in Arm mit den reaktionären Parteien, wichtige Kapitel des Haushaltplanes abzulehnen und der Arbeiterregierung damit die Grundlage entzogen.

Am 8. April, bevor der Landtag in die Ferien ging, versammelten sich die drei Linksfractionen zu einer kurzen Besprechung der politischen Situation. Die beiden sozialistischen Parteien verlangten von den Kommunisten eine Erklärung über ihr ferneres Verhalten. Daraus erklärte der Vorsitzende der kommunistischen Fraktion, Sievert: „Wir sind nicht der Meinung, daß wir grundsätzlich die Staatsmacht ändern. Wir werden unsere Anträge stellen, die auch jedenfalls zu weit gehen werden. Wir werden uns aber verständigen können.“ Es wurde dann beschlossen, daß die Fraktionen am 25. April wieder zusammentreten und weiter verhandeln sollten.

Die Folge der verächtlichen Haltung von Sievert war, daß die kommunistische Fraktion kassiert wurde. Die Führung übernahmen Ragen von der Berliner Zentrale und sein gedankloser Nachbeter Paul Wüstner aus Leipzig, die beide von der Notwendigkeit der sächsischen Politik keine Ahnung haben.

Und nun begann die berühmte Aktion. Die Kommunisten ergriffen die Initiative. In der Presse wurde die sozialistische Regierung heruntergerissen und Bedingungen angefordert, von deren Erfüllung die Kommunisten die weitere Unterstützung der Regierung abhängig machen wollten. Dies Werk haben sie jetzt gekrönt durch ihr gemeinsames Votum mit der Reaktion für die Auflösung des Landtages. Wer wollte noch zweifeln, daß diese kommunistische Politik ohne Verstand und Gewissen ist?

Der Druckfehlerkolob

Was in unserm letzten Leitartikel über die Zulassung des sächsischen Landtags dem Leser einen Stich ansetzte, indem er eine Korrektur brachte, die an die zwölfte Stelle der ersten Zeile hinzugefügt worden ist. So ist der zweite Satz des Artikels am Schluß unverständlich geworden. Er muß richtig lauten: Die Reaktion hat ihr Ziel erreicht, erreicht mit Hilfe der Kommunisten, die gemeinlich mit den sozialistischen Parteien für die Landtagsauflösung stimmten haben.“

Proletarienkinder auf Reisen

Von Geza Kaufmann-Reinholdsdorf.

III.

Schmalzladen hat eine ideal eingerichtete Auendherberge. Ein uraltes, verwittertes Schloß ist mit großem Kostenaufwand vom Thüringer Waldverein ausgebaut und mit großen Laubhainen, Korbstühlen und Strohbetten versehen worden. Am nächsten Vormittag wurden die schönen Mädchen und Mädchen der Stadt noch einmal mit Kaffee und Kuchen besetzt, und dann: Abschied zum Wandern in die Welt. Maria Raschke wusch den Last auf dem holprigen Pfad.

Das Ziel war die Auendherberge in Oberischonau. Eine herrliche Wanderung über blühende, endlose Weiden, begleitet von glücklichen Bächen, auf Eichen ein herrliches Tal mit winzigen Häuschen, nur Rechten den schwarzen, rauschenden Hochwald. Bald waren wir in Kottrode. Vor der Dorfschule machten wir Halt, da ich den Lehrer nach einigen Verpflegungsmöglichkeiten fragen wollte. Die junge, lebendige Lehrerin hatte sofort verstanden und ließ uns in die leere Klasse, wo wir ablegen und die entsetzliche Armut einer deutschen Dorfschule anschauen konnten. Während ich mit dem „Ernährungsanhang“ die Rohmaterialien zum Abkochen einlieferte, machten sich die Mädchen bei den Turngeräten auf dem Schulhof zu schaffen. Da wurden fabelhafte Baumstämme gedreht. Den Dorfbuben mußte doch gesagt werden, „was ne Darle ist.“ — Bald studierte der kleine, mit viel Milch und Anderer zurechtgemachte Gries, er im großen Kessel.

Wanderer und hatten und erzählt, daß die Auendherberge Oberischonau wegen einer dort stiftenden Konferenz für den Thüringer Auendwanderer hart in Anspruch genommen sei. Da somit dem Herzogtümer, dem unser Kommando gemeldet war, einwines Verbleiben nur recht sein konnte, traten wir in Unterischonau nach Privatquartieren an. Die Kinder waren auf den Geschmack gekommen und liehe da, es „flavore“.

Eine herrliche Wanderung, darüber an den „Waldsposten“ und der „Hohen Wist“, führte uns nach Oberischonau. Je näher wir diesem feindlichen Götterland kamen, je trüber wurde der Himmel, als wollte er seine Mißbilligung darüber ausdrücken, daß Proletarienkinder es wagen, das teure Pfad einer Millionärswirtschaft zu betreten. Heißlich durch die Luft kamen wir in Oberischonau an und besaßen die schäblichen aller Auendherbergen. Auendwanderer, ihr seid gewarnt! Dreht und laßt!

Verminderung der Verweidung

Dem Ausschuss des Reichswirtschaftsrats für Landwirtschaft und Ernährung lag, wie die „P. F. R.“ melden, in seiner Sitzung am 14. September 1922 ein Antrag Robdeutscher (Mitgeber der Landwirtschaft) vor auf Abänderung der Bestimmungen des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922 vom 4. Juli 1922, soweit sie sich auf die Behandlung der Saatgutarten beziehen. Die Begründung des Antrages weist darauf hin, daß ein schwerer Mangel an Saatgetreide, namentlich an Winterweizen und Winterroggen, aufgetreten ist und führt diesen darauf zurück, daß im geltenden Gesetz nur das Originalsaatgut anerkannter Züchter von der Umlage freigesetzt ist, während im Vorjahre auch die erste und zweite anerkannte Abgibt unter bestimmten Bedingungen nicht abgeliefert zu werden brauchte. Die hauptsächlichste Bedingung von der Befreiung von der Ablieferungspflicht war die Zahlung eines Betrages, der dem Unterschied zwischen dem Umlagepreis und dem Marktpreis für feines Getreide zur Zeit des Liefertermines entsprach. Die Regierung sollte nach dieser Bestimmung den Ausfall auf dem freien Markt eindecken können. Diesen Zustand will der Antrag wieder herstellen.

Deshalb sich der Vertreter der Regierung, der Arbeiter und Angestellten sowie der Verbraucher dagegen wandten, wurde mit 10 gegen 8 Stimmen der Beschluß gefaßt, die Regierung zu ersuchen, die über die Ablieferung von Saatgut im Vorjahre gültig gewesenem Vorschriften wieder in vollem Umfange in Anwendung zu bringen. Die Mehrheit setzte sich aus Arbeitgebern, Verbrauchern und einem Arbeitnehmer, die Minderheit aus Arbeitnehmern und einem Verbraucher zusammen.

In diesem Beschluß tritt wieder ganz offenkundig hervor, daß die aus bürgerlichen Kreisen kommenden Verbraucher den Produzenten die Stange halten. Was sie natürlich nicht hindert, über die höheren Marktpreise zu zernern. Nun ist zwar der Ausschuss nicht die verbindende Stelle. Es ist aber die Regierung in unabhägigen Fällen den Produzentenkreisen entgegenkommender gerichtet, als den Verbraucherinteressen. Wird jetzt auch so verfahren? Sie trifft die Verantwortung, wenn durch eine Ueberspannung der Schuld der Verbraucher es zu Verzweiflungsausbrüchen kommt, die für Staat und Volk zu großen Gefahren führen.

Einmaliges Erscheinen der Berliner Zeitungen

Die ungeheure Notlage der Presse wird voraussichtlich in Wälden zu einer Einschränkungsmassnahme führen, die in Frankreich des Zeitungsgewerbes mehr und mehr als unvermeidlich erkannt wird. Schon haben einige Berliner Tageszeitungen die täglich einmalige Erscheinungsweise eingeführt, und, wie die „Dena“ hört, besteht auch bei dem Verlag der „Germania“ die Absicht, ab 1. Oktober zum einmaligen Erscheinungsmodus überzugehen. Die mittleren Berliner Zeitungsverlage scheinen bereits grundsätzlich die Zweckmäßigkeit einer solchen Einschränkungsmassnahme anerkannt zu haben, und wenn sie noch nicht allgemein und mit sofortiger Wirkung im Berliner Zeitungswesen zur Durchführung gelangt, so liegt das in der Hauptsache daran, daß zwei führende Verlagshäuser, Mosse und Ullstein, sich vor der Hand noch nicht im Klaren sind, ob sie ihre Blätter ebenfalls nur einmal täglich erscheinen lassen sollen, doch dürfte zweifelsohne die ganze Entwicklung dahin führen, daß in längstens ein bis zwei Monaten die einmalige Erscheinungsweise bei der gesamten Berliner Tagespresse zwangsläufig Geltung gewinnt.

Soweit die Dena. Was die Melbung auch ein wenig übertrieben. Die rückläufige Entwicklung des Zeitungswesens ist unverkennbar. Jede Papierpreiserhöhung und jede sonstige Erhöhung der Herstellungskosten mit den zwangsläufig folgenden Abonnementpreiserhöhungen mindert die Zahl der Abonnenten. Der Rückgang der Verkaufszahl ist ein trübseliges, bisher haben die erhöhten Abonnementpreise das Recht an Kosten nicht auszugleichen vermocht.

Sie waren glücklich als wir am nächsten Morgen in aller Frühe unter verbrauchtem Strohhalm verließen.

Dann aber kam eine der schönsten Wanderungen unserer ganzen Tour. Nach kundenlanger Wanderung auf schmalen, laub abfallenden Kuckeln, die sich durch dichte, von Sonnenstrahlen durchdrungenes Grün wie geheimnisvolle Grotten weit hinaus, öffnet sich vor uns ein Tal. Auf der nördlichen Höhe waren die ersten Häuser der Stadt zu sehen, das uns für die nächste Nacht beherbergen sollte. Nach einem ungemein süßigen, heißen Ab- und Aufsteig marschierten wir vor der Auendherberge auf, wo der freundliche Dorfschmid, unserer bereits gewarnt, den Heuboden aufstapelt, in dessen dunkler Halle wir es uns bequem machen. — Liebliche Geräusche kamen aus der Küche herüber, wo unsere Erben mit Fleisch auf dem Feuer kochten. Da drinnen nicht viel los war (ein kleiner Regen war heraufgezogen), setzten wir uns auf dem Boden auf und saßen vor.

Es war Sonntag, 8 Tage nach unserer Abreise, als wir Gehirne verließen. Der benachbarte Schneepfopf wurde dekoriert und natürlich auch der Aufhängedarm. Das Wetter war einleuchtend klar. Bis zum fern verschwindenden, blauen Horizont blaus, Wälder, Wälder auf Wälder, soweit das Auge reicht. Ein schönes Land ist doch Thüringen, man freut sich von einer Landschaft nur, weil man einer noch schöneren entgegenzugehen meint.

Als wir von der „Schmid“ herunterkamen, lag vor uns das mächtige Vätertal mit den Dörfern Goldlauter und Heiderbach. Am Hintergrunde sieht man den Dörmarsberg mit dem Turm am Rande des Berges. Ein archaischer Abhang auf vielfach bewundener Schanke begann. Rechts rauschte der See, links das tief abfallende Tal. Bald waren wir in unserem Gasthof untergebracht, wo uns in der ersten Nacht ein geräumiger Heuboden anbot. Später gelang es, Privatquartier zu beschaffen. Nur die Mädchen wurden während unseres 7tägigen Aufenthaltes in Heiderbach gemeinsam in der Fremdenstube „Zum Hirs“ eingenommen, die uns ausschließlich zu Fernreisen hand. Die in Berlin als Kostant ausgearbeiteten Lebensmittel waren einvertraut und reichten mit dem Rest unserer Verpflegung das in einer verhältnismäßig kleinen auf meinem Busen ruhte, für unsere Verpflegung vollkommen aus.

Selbstverständlich ist Unannehmlichkeiten etwas, was es bei uns nicht gibt. Sinaen, Tassen, Kreisläufe, Vorlesen, Rechnen wechselten einander ab, bis es der Sonne gelief, wieder zu scheinen. Einmal herrliche Touren konnten dann auch noch bei schönem Wetter gemacht werden, wobei wir das

Diese Umstände müssen aber nicht nur zur Beschränkung der Erscheinungsweise, sondern auch zur Untergrabung des ganzen, großen, die Welt umspannenden Organisationsapparates, der den Zeitungen das Material zugänglich macht, führen. Also auch von dieser Seite werden dem Zeitungswesen tiefe Wunden geschlagen werden. Selbstverständlich führt die Beschränkung in der täglichen Erscheinung auch zu einer Beschränkung des in den Zeitungsbetrieben beschäftigten Arbeiter- und Angestellten-Personals, so daß auch die in Zeitungsunternehmen Beschäftigten von der Not der Zeitungen noch besonders getroffen werden. Will die Regierung all dem tatenlos zusehen? Es wird höchste Zeit, daß endlich einmal die Wucherpraktiken der Papierindustriellen gebrochen werden. Dagegen hat nicht nur der Leser vom Standpunkt der unerhörlichen Zeitungspreise, sondern auch der Staat im Hinblick auf eine gut ausgebaute Tagesberichterstattung ein Interesse.

Das soeben erschienene vierteljährliche Ergänzungsheft zur amtlichen Zeitungsliste für das Jahr 1922 verzeichnet abermals 226 Zeitungen und Zeitschriften, die ihr Erscheinen eingestellt haben.

Nach langwierigen Verhandlungen im Reichswirtschaftsministerium hat die Zeitungsdruckerindustrie den Septemberpreis für 100 Kilogramm Druckpapier von 8400 Mk. auf 8850 Mk., und bei Normalpapier auf 8000 Mk. herabgesetzt, nachdem die Zelluloseindustrie den Preis für den zur Herstellung von Zeitungsdrukpapier erforderlichen Zellstoff von 8310 Mk. auf 6750 Mk. für 100 Kilogramm ermäßigt hatte. Ferner haben die Druckpapierverbände von den verschärften Kaufverträgen abgesehen, nach denen die Hälfte der Monatslieferung bis zum 5. der Rest bei Einanga der Rechnung zu bezahlen war. Abhand genommen und sich zur Einräumung eines Kaufmangels von zwei Wochen bereit erklärt. Au der Melbung über die Ermäßigung des Druckpapierpreises teilt der Verein Deutscher Zeitungsdrucker mit, daß der Septemberpreis sich um mehr als 415 000 Mk. für einen Doppelmengen höher stellt, als der Verkaufspreis und nunmehr das 210fache des Friedenspreises beträgt.

Tschow in fester Zelle

Wir gaben in unserer Ausgabe vom 2. September eine Meldung der „Welt am Abend“ wieder, derzufolge zu hochstehenden hand, daß der Mathematiker Tschow wegen Geisteskrankheit, wie so mancher deutschnationaler Norddeutsche, „milde Richter“ finden werde. Hierzu erbalten wir vom Generalkonsulatsamt bei dem Kammergericht unter Bezugnahme auf § 11 des Pressgesetzes folgende Verichtigung:

„Eine Beobachtung des Tschow, gegen den bereits Klage erhoben worden ist, auf den Geisteszustand, hat bisher nicht stattgefunden; ein Arzt hat den Tschow während der Untersuchung nicht untersucht. Veruche hat Tschow, außer von seinem Verteidiger, während der Untersuchung nicht empfangen, auch keinerlei Verkehr mit Gleichgesinnten oder Komplizen gehabt. Tschow liegt von seiner Einlieferung an in einer besonders festen Zelle in einem kleinen des Untersuchungsgefängnisses; in diesem ist ein kleiner Saal für bessere Verbrechen nicht vorhanden. Hausverlaufs hat Tschow wie jeder andere Untersuchungsangehörige. Nicht ist bisher mit Rücksicht auf die Anwesenheit in den Zellen überhaupt noch nicht abgeurteilt worden. Tschow muß der Ordnungsmäßigkeit entsprechend beim Beden aufstehen und seine Zelle selbst reinigen.“

Darüber gericht Tschow also nicht den Vorzug so vieler nationalistischer Verführer. Daß die Anklage gegen ihn erhoben ist, haben wir vor einigen Tagen bereits mitgeteilt. An dem Urteil selbst sowie an der Verhandlung vor Gericht wird man erst sehen, ob hier endlich einmal andere Seiten aufgezogen werden sollen, um blutdürstigen nationalistischen Heldensöhnen aufzuspielen.

Druckfehlerberichtigung. In unserem geistigen Bericht über die internationale Rundgebung der Berliner Gewerkschaftskommission hat sich ein ungenügender Druckfehler eingeschlichen. In der Rede des Genossen Trümmen, in der von der Deutschen Neubild gesprochen wird, muß es natürlich heißen: denn sie ist ein Symbol gegenüber der Kaiserherrschaft von heute.

Sammeln der massenhaft wachsenden Heidelbeeren nicht voran, die wir als leckere Beigabe an unseren Rabalzeiten unserer jungen Birkin herbrachten.

Sonntag, den 23. Juli, früh 5 1/2 Uhr, fand die Kindergruppe teilerweise vor dem Gasthof. Ein Bauernfuhrwerk war vorzufahren, um die „Kronen“ zur Bahn zu bringen, zu dem auch ich gehörte, denn ich hatte mir noch eine schmerzhafteste Ausdauerprüfung zugesprochen. Die überfüllte Bahn brachte uns nach Erfurt. Den über Mühlstein Aufenthalt benutzten die Kinder, um sich die schönen Anlagen in der Nähe des Bahnhofes anzusehen.

Bald haben wir wieder im Auge. Das klare Wetter erlaubte es, noch einmal im Auge die Schönheiten Thüringens zu sehen. Je flacher die Landschaft wurde, je mehr wir uns Berlin näherten, um so prouder wurde der Himmel. Und als wir den Anhalter Bahnhof verließen, lagen die Abfallstrahlen in blauer Höhe vor uns.

Am Gewimmel der Reisenden waren etliche Väter und Mütter aufzutauchen, um ihre Kinder gleich vom Auge weg in Empfang zu nehmen. Mir wurde gern bestätigt, daß die Kinder gut ausluden und sich glücklich erhalt hätten. Nach Tagen sagten mir Mütter scherzend, daß solche Reisen auch ihr Bedenkliches hätten, denn die Kinder kämen mit einem Appetit heim, der den proletarischen Haushaltplan in arge Verwirrung brächte. —

Alles in allem: eine aelunne Fahrt, an der ich mich selbst im Stillen bedauernswürdig habe. Wobin fahren wir im nächsten Sommer? Große Köpfe wälzen sich in meinem Kopf. Während ich dies schreibe fällt mein Blick auf die Zeitung, die mir meine Frau schweigend auf den Tisch legt: der Dollar über 1000 Mark. . . .

Tagesnotizen

Das Moskauer Theater, das kürzlich eine Gastspielreise durch Europa und Amerika unternahm, beginnt sein Berliner Gastspiel unter persönlicher Leitung und Mitwirkung von H. Chantavsky und H. Serenitsky am 26. d. M. im Hoftheater mit der Aufführung von W. I. Tschekow Drama „Der Verlobte Romanowitsch“. Weiter gelangen zur Aufführung Tschekow's „Der Schwelger“ und „Der Aufstand“, sowie M. Gorki's „Wald“ mit Stanislawski, Frau Antipowa, Tschekow, S. Modrow, H. Chantavsky, H. Serenitsky, Frau Eilina, H. Tschekow, Frau Antonowitsch und Frau Lantawski in den Hauptrollen.

Theater in der Kommandantur. Am Montag, den 18. d. M., geben abends 8 Uhr Vorstellungen „Der Dämon“ (Lied von Frau) ein Stück Eigenbespiel von Frau Johanna Schiller („Macht von Frau Schiller“) und „Der Fremde“, ein Schmelzspiel von Friedrich Schiller, in dem Hauptrollen Frau Pommer, die Schöne der Wälder, welche aus demselben Götter auf den 29. d. M. verlassen werden.

Theater-Theater. Frau Stein, Frau Keller, Frau Müller (Ständlich vom Schauspielhaus Berlin), Frau Kohn und Frau Lehner (Leitend Theater Berlin) werden für die kommende Spielzeit für das Generaltheater verpflichtet.

„Von dieser Krisis nichts bekannt“

Selt Tagen bemühen sich die Stinnesorgane, die Notwendigkeit eines Kabinettswechsels oder mindestens einer Neubesezung einzelner Ministerposten nachzuweisen und daraus eine Krise der Reichsregierung zu konstruieren. Gegen diese Krisenmacher wachte sich Reichskanzler Birly mit scharfen Worten und hat damit die offizielle volksparteiliche „Zeit“ zu folgender Äußerung veranlaßt:

„In einem Teil der Presse wird davon gesprochen, daß sich wieder eine gewisse Krisenstimmung bemerkbar mache, die sich aus der Forderung der Deutschen Volkspartei nach Besetzung verschiedener Ministerien ergebe. Die Forderung sei von Herrn Stinnes angeleitet des Abschlusses des bekannten Abkommens aufgestellt worden und kreuze sich mit dem Anspruch der Sozialdemokratie auf Besetzung derselben Posten.“

Wir möchten hierzu bemerken, daß in parlamentarischen Kreisen von dieser Krisis nichts bekannt ist. Es erscheint uns kaum wahrscheinlich, daß Herr Stinnes bei Befassung seiner Abkomme irgendwelche politischen Forderungen dieser Art erhoben habe. Soweit sie sich aber aus der gesamtpolitischen Situation etwa ergeben, wird ja Gelegenheit dazu sein, sie zu erörtern, sobald die parteipolitische Lage sich näher übersehen läßt. Dazu ist notwendig, abzuwarten, welchen Verlauf die Parteitage der Sozialdemokraten und Unabhängigen, sowie die Zentralvorstandssitzung der Deutschen Volkspartei nehmen, die in den nächsten Wochen bevorstehen. Denn offiziell hat sich die Partei mit den ganzen in der Presse so lebhaft erörterten Fragen überhaupt noch nicht befaßt.“

Wenn von dieser „Krisis“ in der Deutschen Volkspartei angeblich nichts bekannt ist, d. h., wenn das Herausgeschwören einer Krisis nicht zu den geheimen Zielen der Volkspartei gehört und auch Herr Stinnes solche Absichten nicht hegt, dann sind die Redakteure der Stinnesblätter von ihrem Herrn und Meister sehr mangelhaft informiert worden. Oder sollte nur „offiziell“ in dieser Hinsicht nichts unternommen worden sein, um so mehr aber inoffiziell?

Einigung und Koalitionspolitik

In einer von der Liga Junger Republik einberufenen Versammlung wurde sowohl die bevorstehende Einigung der beiden sozialistischen Parteien als auch die Frage der Koalitionspolitik behandelt. Genosse Eduard Bernstein, der als erster sprach, ist überzeugt, daß mit der Einigung der beiden sozialistischen Parteien herrsche und ihre Aktionsfähigkeit lähme. Genosse Rudolf Breitscheid begrüßt gleichfalls die Einigung, die durch das Erhalten der wirtschaftlichen und politischen Reaktion notwendig geworden sei. Von der 180 Mann starken Reichstagsfraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei werde die Arbeiterschaft ein aktiveres Vorgehen gegen die Auswanderung der Massen verlangen. Deshalb werde die Vereinigte Sozialdemokratie dafür sorgen müssen, daß die Regierung energischer gegen die wirtschaftliche und politische Reaktion auftritt. Eine Koalition mit der Stinnespartei hält er für ausgeschlossen. Genosse Bernstein, der nochmals das Wort nahm, bezeichnete einen Austritt aus der Regierung für unermesslich, wenn die Regierung der Preispolitik der Landwirtschaft und der Schwerindustrie nicht energisch entgegenstehe.

In einer Vertrauensmännerversammlung der SPD. in Nürnberg, in der Herrmann Müller über „Reparation und Lenkung“ sprach, sagte er, die Sozialdemokratie sei nicht unbedingt für die Koalitionspolitik. Wenn im Herbst Stinnes und Konsorten einen Vorstoß gegen die Regierung unternehmen sollten, so wird sich die Partei die Frage vorlegen, ob sie in Zukunft noch die Verantwortung für die wirtschaftlichen Ereignisse übernehmen kann.“

Diese Äußerungen zeigen, daß die Krise der Koalitionspolitik, die nach dem Rathenau-Wort offenbar wurde, nach wie vor fortbesteht und beim Wiederauftritt des Reichstags eine Lösung heischen wird, die nach unserer Auffassung in einem Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung bestehen wird.

Immer wieder Dr. Heim

(M.) Paris, 15. September. Die bürgerlich-radikale „Cra Nouvelle“ veröffentlicht einen aufsehenerregenden Artikel über die guten Beziehungen zwischen der deutschen und der französischen Reaktion und belegt diese Behauptungen mit Auszügen aus zwei Berichten, die Dorten an seine politischen Freunde in Frankreich gelangt hat, und von denen das Blatt einen als einen Geheimbericht bezeichnet. Aus diesen Berichten gehen die hochverräterischen Umtriebe Dortens von neuem klar und deutlich hervor. Sie enthalten aber auch einige recht beachtenswerte Behauptungen, die ein eigenartiges Licht auf die Beziehungen werfen, die Dorten angeblich zu deutschen Politikern hat. So wird in diesen Berichten erklärt, daß der Führer des Bayerischen Bauernbundes, Dr. Heim, und das ehemalige Mitglied der bayerischen Rdnigsparlei, Graf Rothmer, in ständiger und enger Fühlung mit dem Fürsten Wienburg und Dorten selbst ständen. Die regelmäßigen Zusammenkünfte fänden entweder in Darmstadt, Mainz oder Wiesbaden statt, und auch zwischen Dorten und Herrn von Dannenberg wäre es wiederholt zu eingehenden Beratungen gekommen.

Ueber Beziehungen und Besprechungen, die der Reichstagsabgeordnete Dr. Heim mit seinen Kreisen pflegte, die auf eine Auflösung einzelner Vorkomitees von Deutschland abzielen, war schon wiederholt in der Presse berichtet worden. Namentlich mit dem französischen General Dard war Dr. Heim in Verbindung gehandelt worden, wie andererseits Briefe Dr. Heims veröffentlicht worden sind, die auf die Reichstreu Dr. Heims ein bezeichnendes Licht werfen. Dr. Heim hat zwar alle reparatistischen Absichten bestritten, aber der Artikel der „Cra Nouvelle“ stellt erneut seine innigen Beziehungen zu Dorten und seine wiederholten Verhandlungen mit diesem fest.

Gegen den bayerischen Separatismus

Die namentlich in Kreisen der katholischen Bayerischen Volkspartei vorherrschenden Bestrebungen, die Beziehungen zum Reich zu lockern, koste es was wolle, haben das badische Zentrum zu einer Gegenbewegung veranlaßt. In einem Aufruf, den die badische Zentrumspartei an ihre Mitglieder

richtet, wird unter deutlicher Anspielung auf die bayerischen Vorgänge die Notwendigkeit der Einheitlichkeit des Reichs scharf betont. Ohne Reich kein Baden, kein Schwaben, kein Bayern, keine Länder, die eine Bedeutung, ja auch nur ein Eigenleben hätten, heißt es in dem Aufruf. Allerdings, der föderalistische Werdeshul fehlt in dem Aufruf nicht, denn jede nicht unbedingt notwendige Zentralisation auf gesetzgeberischem und verwaltungsmäßigem Gebiet wird abgelehnt. Gleichzeitig wird das alte Steckbrief des Zentrums geritten, nämlich die uneingeschränkte Gleichberechtigung der Bekenntnisschulen, der christliche Charakter der Schule und der Religionsunterricht als Pflichtfach nicht nur in den Volksschulen, sondern auch in den Gewerbe-, Handels- und sonstigen Schulen gefordert.

Einschränkung der Genussmittelleinfuhr

Durch eine in den nächsten Tagen zur Veröffentlichung gelangende Bekanntmachung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft wird mit Rücksicht auf die ungünstige Wirtschaftslage des Inlandes außer den bereits in der Bekanntmachung vom 29. August 1922 aufgeführten Erzeugnissen die Einfuhr noch für eine Reihe weiterer erheblicher Lebens- und Genussmittel wiederum gesperrt. Es handelt sich dabei um Datteln, getrocknet, Kustern, Seeschildkröten, Seezähne und Seezungen, Schnecken und Schildkröten, auch Fischweilen, in anderer Weise als durch bloßes Abkochen oder Einsalzen zubereitet, Zuckerwerk und sonstige Zuckerwaren, Früchte, mit Branntwein zubereitet oder in Branntwein eingelegt, sowie seine Tafeläpfel und Tafelbirnen.

Abgesehen von Datteln, die wenigstens in Friedenszeiten ein Genussmittel für weitere Volkskreise waren, handelt es sich nur um Waren, die den Gaumen der Verbraucher kitzeln. Diese werden daher in Zukunft schon mit

Der Parteitag der USPD. in Gera

findet am Mittwoch, den 20. September, abends 8 Uhr, in der „Turnhalle“ statt.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Eröffnung und Konstituierung des Parteitages.
2. Geschäftsbericht:
 - a) Kassenbericht und Organisation. Referent: Genosse Ludwig;
 - b) Bericht der Kontrollkommission. Referent: Genosse Bod.
3. Bericht der Reichstagsfraktion. Referent: Genosse Moses.
4. Die Einigung des Proletariats. Referenten: Genossen Crispian und Pedebour.
5. Sonstige Anträge.
6. Wahl der zentralen Körperschaften.

Die Zahl der Delegierten ist auf 200 festgesetzt. Außerdem nehmen teil: Zentralleitung, Parteirat, Kontrollkommission und eine Delegation der Reichstagsfraktion. Den übrigen Mitgliedern der Fraktion ist die Teilnahme freigestellt. Stimmrecht haben nur die gewählten Delegierten.

Die Zentralleitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Lokalkomitee in Gera: USPD-Bureau, Alte Schloßgasse 11.

Lokalkomitee in Nürnberg: H. Rosmann, Breits Gasse 25.

Schmuggelware fürlieb nehmen. Es müssen doch schon ganz beträchtliche Mengen von anserlesenen Vesterbissen für die außerlesenen Herrschaften eingeführt worden sein, wenn der Reichsminister für Landwirtschaft und Ernährung sich von der Einfuhrperre vollwirtschaftliche Wirkungen verspricht.

Kommunistische Erbschleicherei

Die Kommunisten beschimpfen zwar in der Öffentlichkeit jeden Unabhängigen als Sozialverräter, im Geheimen, so von hinten heranz, möchten sie ihn aber gar zu gern für sich gewinnen. Sie sind außer sich, daß es bei der bevorstehenden Verschmelzung der beiden sozialistischen Parteien für sie nichts zu erben gibt. Deshalb verlegen sie sich auf die hinterlistigen Methoden der Erbschleicher. Einen Abonnement der „Freiheit“ in Steglitz wurde gestern von der Zeitungsträgerin, die außer der „Freiheit“ nur noch die „Tägliche Rundschau“ trägt, statt der „Freiheit“ eine „Note Habne“ gebracht mit der Bemerkung, die „Freiheit“ sei nicht gekommen, sie ginge ja am 1. Oktober ein, er solle deshalb nur die „Note Habne“ lesen. Darin liegt Suhr! Die „Note Habne“ möchte die „Freiheit“ werden, deshalb werden die Trägerinnen des Blattes zur Unterstutzung und Nutzung verleitet und mit Probenummern der „Noten Habne“ beliefert. Der frauliche Sieglitzer Abonnent hat das kommunistische Wundervort durchschaut, die Annahme der „Noten Habne“ verweigert, und seine „Freiheit“ verlangt. Wir machen unsere Leser auf dieses saubere kommunistische Erbschleichertrick aufmerklich, damit sie gleich entsprechend antworten können, wenn es auch bei ihnen verliert werden sollte. Ja, ja, die „Note Habne“ mag keinen USPD-Mann leiden, doch sein Abonnementgeld nimmt sie gern.

Gegen Auer

In der Nürnberger Vertrauensmännerversammlung der SPD., in der am Donnerstag Herrmann Müller über „Reparation und Lenkung“ sprach, wurde einstimmig ein Antrag angenommen, der den Landesvorstand der bayerischen Sozialdemokratie beauftragt, dem Genossen Auer wegen seines Verhaltens gegenüber dem Grafen Aros seine schärfste Mißbilligung auszusprechen und ihn aufzufordern, sein Amt als Landesvorstand niederzuliegen.“

Zur Lage Oesterreichs

Genosse Otto Bauer zur Reise des Bundeskanzlers
Im österreichischen Nationalrat ist eine große Debatte über die Zukunft Oesterreichs im Gange. Leider ist man wegen des Streiks im Wiener Zeitungsgewerbe nicht in der Lage, sich an der Quelle zu orientieren. Oesterreichs Lage ist noch verwickelter als die Deutschlands. Aber immer mehr wird auch Deutschland dem vor Oesterreich abtänzelnden Abgrund entgegengetrieben. Schon aus diesem Grunde gewinnen auch die Verhandlungen in der österreichischen Nationalversammlung für uns erhöhtes Interesse. Besonders aber die Ausführungen des Genossen Otto Bauer über die

Reise des Bundeskanzlers Seipel, der ja auch in Berlin weilte. Dazu erklärte Genosse Bauer, er habe den Gedanken der Zoll- und Währungsunion mit Italien immer für eine Utopie gehalten. Wenn dieser tolle Gedanke jemals verwirklicht werden könnte, könnte es nur in einer Situation sein, in der Teile des deutschen Volkes zu Kompensationsobjekten zwischen den Großmächten werden. Das Angebot Seipels würde in Paris mit dem Saß behandelt werden: Geben die Italiener bis zur Donau, dann dehnt sich das französische Kolonialgebiet bis zum Rhein aus. (Lebhafter Beifall und Zustimmung bei den Soz.) Es muß die Hauptaufgabe der österreichischen Politik sein, um die Freundschaft Italiens zu werben. Aber jener Plan, der uns in eine Kolonie Italiens verwandeln würde, würde gerade das Gegenteil erzaugen, was jeder wünschen muß, der die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem italienischen Volke will. (Lebhafter Beifall und Handklatschen bei den Soz.) Was die Kreditverhandlungen in Genf betrifft, müssen wir zunächst mit aller Entschiedenheit folgendes betonen: Wir haben in diesen Tagen alles anlässlich vermedien und uns bemüht, alles zu verhindern, was die Kreditverhandlungen auch nur im geringsten fördern könnte. Wir werden auch weiter so handeln. Wenn aber der Bundeskanzler sagt, die Kredite seien ohne eine gewisse Kontrolle nicht zu haben, so müssen wir ihm erwidern, auch wir sind überzeugt, daß Kredite, die unentzahr die Sanierung der österreichischen Wirtschaft erleichtern und ermöglichen würden, jedes Preises wert sind und daß wir durchaus nicht jede Form der Kontrolle ablehnen. Wenn das Ausland uns für hinreichend große und schnell zu bekommenen Kredite eine Kontrolle auferlegen wollte, die dem Ausland dafür Garantien bietet, daß bestimmte, im Kreditvertrag formulierte Bedingungen erfüllt werden, und wenn diese Bedingungen mit unserer volkswirtschaftlichen, sozialen und politischen Existenz vereinbar sind, wird niemand grundsätzlich erklären, daß wir die Kredite wegen der Kontrolle ablehnen müßten. Aber es ist offensichtlich, daß in Genf Kontrollpläne erörtert werden, die Oesterreich einer Kontrolle unterwerfen würden, der sich kein Volk unterwerfen darf, wenn es nicht sterben will.

Kampf um den Achtsfundentag

Paris, 15. September. Nach einer Savas-Meldung hat das Bureau des Nationalverbandes der Eisenbahner eine Erklärung veröffentlicht, in der es entkräftigen Protest gegen das neue Dekret über den Achtsfundentag bei der Eisenbahn erhebt. Der Verband befreit dem Ministerrat das Recht, einen derartigen Entschluß, der einen Verstoß gegen die vom Parlament beschlossenen Gesetze über die Freiheiten und Rechte der Arbeiter darstelle, zu fassen. Dieser Beschluß werde als eine Provokation aufgefaßt und der Verband überlasse die ganze Verantwortung für die Folgen dieses Beschlusses denen, die ihn gefaßt hätten. Der Verband versichert, unverzüglich den Widerstand zu organisieren, der gegen diesen reaktionären Gewaltstreik, der ohne Beispiel in der Geschichte der Arbeiterschaft dabehe, nötig sei.

Verstimmung in Frankreich

(cop.) Paris, 15. September. Hinsichtlich der Zahlungen aus dem Ausgleichsverfahren, nach dem Deutschland die Zahlung von 500 000 Pfund Sterling angezeigt hat, hat sich die französische Presse mittelst Poincaré mit den affizierten Regierungen in Verbindung gesetzt, um die Sanktionen zu prüfen, die diese Zahlung der deutschen Regierung notwendig mache. Bekanntlich sollte die deutsche Regierung die Summe von 2 Millionen Pfund Sterling bezahlen.

Frankreich und die Dardanellen

Paris, 15. September. Die französische Regierung hat gestern Abend auf die englische Note bezüglich der letzten Lage an den Meerengen geantwortet. Sie sieht die Beibehaltung der neutralen Zonen an den Meerengen als notwendig an. Der französische Kommissar in Konstantinopel ist beauftragt worden, in Gemeinschaft mit seinen italienischen und englischen Kollegen der Regierung von Kugora mitzuteilen, daß die Alliierten darauf rechnen, daß die Türken diese neutralen Zonen respektieren werden.

England atmet auf

(CP.) London, 15. September. Bezüglich der französischen Note über die Dardanellenfrage erklärt man in hiesigen politischen Kreisen, daß damit die Einheitsfront der Alliierten hinsichtlich der Frage von Konstantinopel wieder hergestellt sei. Unter diesen Umständen sei es wenig wahrscheinlich, daß Mustafa Kemal Pascha versuchen werde, Konstantinopel und Thrazien mit Gewalt zu nehmen, sondern daß er sich zu Unterhandlungen herbeilassen werde.

Bulgarien gegen die Wrangel-Offiziere

(M.) Sofia, 15. September. Die bulgarische Regierung hat eine strenge Unterstutzung der Verschönerung innerhalb der Wrangelarmee gegen das Kabinett Stambulski angeordnet. In Tirnowo wurden von den bulgarischen Behörden 200 russische Offiziere mit ihren Familien verhaftet, aber später auf Befehl aus Sofia wieder freigelassen. Dagegen haben 30 Stabsoffiziere der Wrangelarmee einen Ausweisungsbefehl erhalten, der ihnen aufliegt. Bulgarien innerhalb dreier Tage zu verlassen. Diejenigen Offiziere, die dem Befehl nicht Folge leisten, sollen der russischen Sowjetregierung ausgeliefert werden. Die russischen Truppenkontingente haben den Befehl erhalten, innerhalb dreier Tage von Tirnowo nach Seimen überzusiedeln.

Der russische artistische Gesandte in Sofia, A. M. Petresen, wurde vom bulgarischen Ministerpräsidenten Stambulski empfangen und gab ihm die Versicherung, daß die hinter dem Namen der russischen Gesandtschaft gefundenen Karabiner keinem Mitgliede der ebemaligen Gesandtschaft gehörten und daß keines dieser Mitglieder von den Plänen der Wrangelleute irgendwelche Kenntnis gehabt habe.

Smyrna ein Flammenmeer

Paris, 15. September. Nach einer Savas-Meldung aus Smyrna brennt die Stadt seit zwölf Stunden. Das europäische Viertel mit seinen schönen Handelshäusern und seinen großen Speichern, alle am Kai stehenden Häuser, sowie die meisten französischen Niederlassungen sind ein Haub der Flammen geworden. Die französischen Schiffe haben mehr als 1000 Flüchtlinge aufgenommen. Die italienischen Schiffe bemühen sich, die Mitglieder der italienischen Kolonie zu retten.

Ein Mitschuldiger des Rathenau-Wortes. In Medan (Niederländisch-Indien) stellte sich ein zwanzigjähriger Deutscher namens Prinz, der als Diener Passagier dort eingetroffen war, der Polizei und teilte mit, er habe den Wörtern Rathenau bei der Beschaffung des Automobils geholfen.

Groß-Berlin

Das Schlimmste

Der Mensch ist bekanntlich ein gefellig lebendes Tier; und so ihm Natur die Gabe der Sprache geschenkt hat, so bedingt er seinen Gefelligkeitstrieb gern in Gesprächen, die inhaltlich von den höchsten Problemen der Philosophie bis zum niedersten Hauslich wachsen können, an denen aber doch für den normalen Menschen ein gut Teil seines Wohlbefindens hängt. Beobachterweise zeigt sich seit einiger Zeit auf diesem Gebiete eine pestfremdliche Belastung: man mag reden über was man will, immer führt die Bahn des Gespräches in kürzester Linie auf Geld und Geldwert. Spreche ich ganz harmlos vom Wetter, so orakelt der andere sofort von den Kohlenpreisen im nächsten Winter. Freue ich mich über einen schönen Baum, so antwortet mir eine Berechnung der Bauholzpreise. Erzähle ich von den Kunstschätzen des Louvre, der Höher kultiviert mit einer mehr oder weniger leidenschaftlichen Beurteilung der Reparationskommission. Und komme ich etwa gar auf Markgraf Otto dem Vortigen seligen Angehörigen zu sprechen, so höre ich sicher einen Stoffseuger über die Preise der Barbieren.

Im Ernst gesprochen, es ist nicht mehr schön. Eine Einengung des geistigen Gesichtsfeldes tritt ein, die geradezu beängstigend ist; dazu eine bedenkliche Scheingehorsamkeit: Leute, die sich nie im Leben mit Volkswirtschaft beschäftigt haben, werfen mit Baluta, Devisen, Handelsbilanz nur so um sich. Zu einem ernsthaften Gespräch aber findet man kaum noch Gelegenheit. Es ist ein trauriges Zeichen der Nachkriegsnot, daß das Geld zum einzig herrschenden Bestandteil des Bewußtseinsinhalts zu werden droht. Die unabwendbare Folge muß sein, daß jedes anderweitige Interesse abflieht, und vielleicht schon die nächste Generation all unserm Streben verständnislos gegenübersteht.

Das ist das Schlimmste, was der Krieg über uns gebracht hat.

Die städtische Feuerungsaktion

Der Ausschuss zur Vorberatung der Vorlage und Anträge zur Sicherstellung der notwendigen Lebensmittel tagte gestern gemeinschaftlich mit dem Magistrat im Stadtverordneten-Sitzungsaal. Es wurde in erster Lesung beschlossen zu bewilligen:

1. für bedürftige Kinder bis zu zwei Jahren und für Schwangere ab 1. Sept. 1922, für die Bezirke I-XX zum Zwecke der Zahlung von Zuschüssen zur Milchbeschaffung in Höhe von 1/2 der jeweiligen Kosten weitere 8 Millionen Mark,
2. zur weiteren Unterstützung der Vereine, Kindergärten und Horten vorläufig 5 400 000 Mark, die unter Mitwirkung des Räumereis für die Angestellten zu verwenden sind,
3. zur Durchführung der Rinderspeisung in den Bezirken I-XX 18 000 000 Mark,
4. zur Erhöhung der Pflegegelder der Privatanhaltlichen, in denen städtische Fürsorge und Waisenzöglinge untergebracht sind, 55 000 000 Mark.

Das sind zusammen 86 400 000 Mark. Ferner wurde beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, der Stadtverordnetenversammlung auf Grund der mit einer gemischten Deputation vereinbarten Beschlüsse eine neue Vorlage zu machen. Es wurde weiterhin in erster Lesung beschlossen zu bewilligen:

1. 11 Millionen Mark zur Beschaffung von Brennmaterialien für laufend unterhaltene Personen, Sozial- und Kleinrentner, Erwerbslose und andere Bedürftige, sowie deren Kinder unter 15 Jahren. Die Anschaffung der Winterbekleidung an obigen Personengruppen hat wie folgt zu erfolgen: für Ehepaare 600 M., für alleinstehende Personen 400 M., für jedes Kind unter 15 Jahren 200 M.,

Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzamer.

(47. Fortsetzung.)

Die Schwalben draußen, die am Fenster vorbeiflogen, die Sperlinge, die schillerten, die Tauben, die ins Feld hinaus flogen — trotz Verbot — und er sah da und — „bereite dich vor“. Wie er morgen am besten das Einmaleins erkläre, wie er das Vokabular zergliederte, wie er ein Gedicht in Häpfel hatte...

„Zappdoch!“ Er zwickte sich ins Bein. Weh soll's tun. Er bereitete sich weiter vor. Heimatkunde: Quelle, Bach, Ufer, Gefäß, Lauf, Mündung, Fluß, Strom, Meer. Weltreich. Und das in einer Schulstube. In den vier Wänden einer Schulstube. Sie sollten ihn die Kinder mit hinaus nehmen lassen ins Freie — hinaus in den Frühling — er würde ihnen alles erklären — Quelle, Bach, Ufer, Gefäß, Lauf und noch viel mehr. Noch tausendmal mehr. Alles, was darin klingt und singt, was der Frühling macht, was der Sommer nimmt, was der Herbst ändert und was der Winter vernichtet. Die Wolken, die wandern, und die Wellen, die nicht ruhen, der Schaum, der spritzt, und die Tropfen, die perlen.

Der alte Kraft. Nein, der alte Kraft verlor ganz die Bedeutung für ihn. Wäre er hier, er gehörte wohl auch zu den Urapdagogen. Er wäre wohl nicht so geschmacklos, wie Georg Eiferer, auch nicht so leer wie Heinrich, der Schmerzensreide, aber wichtig wäre er wohl auch, wie's alle Schulmeister sind.

Nur das war ein großer Eindruck, wie er auf dem Totenbette lag. Eine gemischte Gestalt — in ewiger, schmerzlicher Ruhe. In einem schweigenden Sinn ganz Größe. Nein, der alte Kraft war wohl doch ein anderer. Wer so auf dem Totenbette lag, der war ein anderer.

Philipp dachte, seine Unruhe durch Vektüre zu bannen. Er las Goethe. Aber das half nicht. Er fühlte nur stärker sein Kleinsein. Er lief vor dem Niesen auf und nieder, wie eine Maus vor einer Pyramide. Und krabbelte auch manchmal ein wenig an ihm hinauf. Nein, der erdrückte ihn. Goethe mußte er beiseite lassen. Dann brannte er morgen durch, wenn er den las.

2. bei der Armenpflege 43 040 000 Mark aus Anlaß der Feuerung, ferner 15 000 000 Mark zur Aufrechterhaltung der Armenspeisung an Minderbemittelte zu ermäßigten Preisen bzw. unentgeltlich,
3. 17 Millionen Mark Nachträgliche, für Zwecke der städtischen Volksspeisung.

Was dringend tut!

Bereinsparung, Beschleunigung und Vereinfachung des städtischen Geschäftsganges

Der sinkende Geldwert und der wirtschaftliche Notstand der Stadt Berlin gebieten vor allem auch größte Sparsamkeit und strengste Einfachheit in der Geschäftsführung. Hierfür hat eine vom Magistrat eingesetzte besondere Kommission vor einiger Zeit Richtlinien aufgestellt. Der Zweck ist, festzulegen, was schon jetzt unbedingt und schleunigst erreicht werden muß. Diese Richtlinien sind grundsätzlich darauf gerichtet, alle rein bürokratischen Einrichtungen zu beseitigen, ferner die Verantwortlichkeit und Selbständigkeit der Beamten und Anstellten zu erhöhen und damit die leitenden Stellen zu entlasten sowie das Schreibwerk zu vereinfachen. Hierzu ist vorgeschrieben:

1. Vereinfachung von Registratur und Expedition unter Abschaffung aller überflüssigen Kontrollen, Verzweigungen, Reperaturien;
2. Wegfall aller überflüssigen Dienststellenzeichen und Lagebuchnummern;
3. Schärfste Abgrenzung der Arbeitsgebiete;
4. Entlastung der Dezernenten und Magistratsmitglieder von Unterschriften, welche von Beamten geleistet werden können;
5. Auflösung der Zentralkanzlei;
6. Anwendung des unchristlichen Verkehrs anstelle des Schriftverkehrs mit Reichsrichtbüchern;
7. Einführung der Stenographie und des Diktats für den inneren Dienst;
8. Verwendung billigen Papiers möglichst kleinen Formats und Vermeidung von Leerraum;
9. Anwendung knapper und klarer Vordrucke;
10. Genaue Trennung der Akten;
11. Schleunigste Abholung von Schriftstücken, deren Aufbewahrung überflüssig ist;
12. Einrichtung von Sammelkästern für unpostfähige Sendungen an denselben Empfänger;
13. Zusammenlegung benachbarter Fernsprechstellen;
14. Größte Einschränkung aller Ausbinderarbeiten;
15. Freisetzung der Dienstaufsichtsbeamten von minderwertigen Arbeiten zwecks Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit für wichtigere Geschäfte;
16. Ueberflüssige Anordnung der Arbeitsplätze, damit der Dienstleiter jederzeit den Stand des Personals seiner Beamten und Angestellten übersehen kann;
17. Vereinfachung und Beschleunigung des Postverkehrs;

Die Bezirksämter sind ersucht, auch ihrerseits entsprechend zu verfügen. Die Durchführung der Richtlinien bis zum 1. Oktober d. J. ist anzuordnen.

Der Magistrat erwartet von der Durchführung dieser Maßnahmen in die Millionen gehende Ersparnisse, namentlich an Besoldungen.

Die Vereinfachungskommission (Berliner Stadthaus, Zimmer 354) wird allgemeine Anregungen und bestimmte Vorschläge zur Vereinfachung der Verwaltung — besonders auch aus nichtstädtischen Amtskreisen — gern entgegennehmen und prüfen.

Freie Bahn — dem Milchwucher

Das Winterabkommen über die Milchpreise

Die zwischen den Vertretern der Landwirtschaft, des Milchhandels und der Stadt Berlin eingeleiteten Verhandlungen über die Festsetzung der Milchpreise im Winter sind gestern zum Abschluß gekommen. Während bisher der Milchpreis zum Butterpreis im Verhältnis von 1:10 festgesetzt worden ist, soll vom 1. Oktober ab das Verhältnis auf 1:9¹/₂ herabgesetzt werden. Es ist dies eine Folge der höheren Butterpreise, die infolge des Bezugs ausländischer Kraftfuttermittel wiederum vom Auslandsmarkt zu einem Teil abhänget sind. Anfolgedessen ist ein etwas niedrigeres

Verhältnis als Kompromiß zwischen den Forderungen der Erzeuger und den Wünschen der Verbraucher erzielt worden. Für die nächste Woche wurde der einheitliche Milchpreis für Berlin von 31 auf 28 Mark erhöht. Für die in Berlin ankommende Milch wurde der Preis auf 25,50 M. festgesetzt.

Die Prügelzene im Stadtparlament vor Gericht

Die Gewissenhaftigkeit des Gerichts

Eine Gerichtskorrespondenz verbreitet folgenden Bericht, der die Sorgfalt, mit der unsere Gerichte gegen Unfs funktionieren, mal wieder kraft bezeugt: Wie noch erinnerlich, war es am 25. April dieses Jahres in der Berliner Stadtverordnetenversammlung zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen den Links- und Rechtsparteien gekommen, der durch eine von dem Oberbürgermeister Voß angeblüh getane Neuerung zu einer wüsten Tumultszene geführt hatte. Nach der nicht bewiesenen Behauptung der Linken soll Oberbürgermeister Voß damals einen unabhängigen Stadtverordneten „unverschämter Pöbel“ genannt haben. Die Kommunisten und Unabhängigen hürmten daraufhin erregt nach vorn, es kam zu einem Zusammenstoß mit den Rechtsparteien, die Glocke des Stadtverordnetenvorstehers verschwand spurlos und erst nach längerer Zeit trat eine Beruhigung der aufgeregten Gemüter ein. Von allen Seiten abgegebene Erklärungen hatten dazu beigetragen, die Lage zu entspannen. Bei diesen bedauerlichen Vorgängen war es zu einem Zwischenfall gekommen.

In dem Augenblick des Durcheinanders war der Stadtverordnete der Deutschen Volkspartei, Dr. Tropske, vom Verstand in den Sitzungsaal getreten und von den Stadtverordneten der Mehrheitspartei, Chemnitz und Fischer, in ein Gespräch über die Neuerung des Oberbürgermeisters verwickelt worden. Blödsinn hatte Tropske einen Schlag von hinten gegen den Hinterkopf erhalten, so daß er nach vorn überliefte. Da Dr. Tropske selbst den Anreifer, der sich sofort in den Hintergrund geflüchtet haben soll, nicht gesehen hatte, ließ er sich von dem Stadtverordneten Fischer sagen, daß es der kommunistische Stadtverordnete und frühere Former K a m r o d i gewesen sei.

In der gefürchten Verhandlung bestritt Stadtverordnete Kamrodi zwar nicht, den Schlag mit der Faust geföhrt zu haben, wohl aber die Absicht. Er stellte die Sache so dar, daß es möglich sei, er habe beim Gedächtnis Dr. Tropske am Kopf getroffen. In der Beweisaufnahme bekundete der Stadtverordnete Chemnitz, der vor seiner Vernehmung die Erklärung abgab, daß er es verurteile, wenn derartige Vorgänge zum Gegenstand einer Gerichtsverhandlung gemacht würden, auch er sei der Ansicht, es habe sich um einen „Zufallstreffer“ gehandelt. Da der andere Hauptzeuge, Stadtverordnete Fischer, nicht zur Verhandlung erschienen war, wurde hierauf die Beweisaufnahme geschlossen. Der Vertreter der Anklage beantragte Freisprechung des Angeklagten, da der Beweis der Verhöhnlichkeit nicht erbracht sei. Für den Nebenkläger betonte Justizrat Hallensleben, daß die Beweisaufnahme infolge einer Unvorsichtigkeit nicht abgeschlossen sei, als Stadtverordnete Fischer und noch weitere von dem Nebenkläger zu nennende Zeugen erst noch vernommen werden müßten. Der Verteidiger des Angeklagten, H. A. Dr. S. Weinberg, machte allgemein für seinen Mandanten geltend, daß es sich bei dem Vorkommnis um eine Tat handele, die in der Sphäre des politischen Geschehens sich ereignet habe. Der Angeklagte sei eine leicht erregbare Natur, litte an einer Nervenschwäche infolge einer Kriegsschädigung und ginge heute noch an Krücken. Es wäre erfreulich, daß die Beweisaufnahme ergeben hätte, eine vorläufige Körperverletzung unter Mitaltern der Stadtverordnetenversammlung liege nicht vor. Das Gericht folgte aber den Ausführungen des Rechtsanwaltes des Nebenklägers und kam mit Rücksicht darauf, daß es einen Hauptzeugen noch nicht gehört hatte, zu einer Verurteilung der Sache.

Ein wertvolles Eingeständnis

Eine volksparteiliche Korrespondenz schreibt bei Besprechung des neuen Sparprogramms des Berliner Magistrats:

Bei den städtischen Werken und der Straßenbahn ist die Zahl der städtischen Anstellten und Arbeiter am größten

Nun war's wieder ruhige Nacht geworden. Man hörte die Telegraphendrähte vorm Fenster summen.

Im Gefühl seines Kleinseins hatte sich Philipp in einen künftigen Hochmut hineingedacht. Nun kam der Umschlag. Er dachte an die Mutter. Sie hatte es doch gut gemeint. Nicht besser verstanden, aber gut gemeint. Konnte man's wissen, ob er zu was anderem besser taugte, ob's sich gelohnt hätte, noch Geld an ihn zu hängen? Das konnte man ja doch nicht wissen. Er war ein armer Teufel und mußte froh sein für das. Noch einmal hinein in die Gedanken: — Zappdoch! — aber dann, nein — ja, dann, war's gut. Er mußte sich nur auf die Hosen setzen und arbeiten. Dann etwas werden. Der Weg war ihm ja gar nicht verschlossen, es hing nur von ihm ab. Er war dümm, er hatte unrecht.

Draußen summten so fein die Telegraphendrähte. Ein leiser Wind strich am Fenster hin. Oben auf dem Speicher über der Stube hörte man die Mäuse laufen. Er sah da und lauchte auf sein Blut, das ihm hell in den Schläfen sang, wie wenn ein scharfer Stahlstift wo klinge.

Da wurde ihm weich ums Herz, und er dachte beständig an die Mutter, dachte, wie unrecht er habe mit seinen Gedanken und Ueberhebungen. Er machte sich dahinter, ihr einen Brief zu schreiben. Er schrieb ihr zärtlich und gut. Ein bißchen schwärmerisch, wenn er seine Gefühle ausdrückte und seine Erinnerungen aufweckte — und wenn er seine Zukunft berührte. Ja, da wurde sie ihm unter den Fingern ganz licht und hell — und so gut für die Mutter, so schön für ihr Alter. Dann schrieb er ihr all die kleinen Dinge, die sie wissen wollte, um die sie besorgt war. Ob seine Strümpfe noch ganz wären — und ob er seine Hemden und Kragen auch nicht verdorben kriege — und ob er auch nicht in schlechte Gesellschaft geraten sei — und ob er auch nicht trinke — und all das. Er erzählte ihr dann:

„Montag hatten wir Roteseiten und gelbe Rüben und abends gab's Leberlische. Vor Pfingsten, sagt Frau Frank, könnte man noch gut Sauerkraut essen, nach Pfingsten bekäm's Würmchen. Der Onkel Wolff hat Fische von Hamburg oder so wo an der See kommen lassen, und nächste Woche will er einen Karpfen bestellen und in Bier kochen. Ich glaub, ich kann das nicht essen. Aber in Norddeutschland soll das National-

gericht sein. Ich finde, es paßt zu Norddeutschland. Da ich aber ein Süddeutscher bin und auch einer sein will, so bin ich mißtrauisch dagegen. Ich bin mißtrauisch gegen alles, was aus Norddeutschland kommt. Nur mit dem kleinen Herz war das eine andere Sache. Es ist schade, daß die Herze wieder nach Preußen gezogen sind; sie waren so ordentliche Leute, daß sie bei uns hätten bleiben können, und sie haben auch gut zu uns gepaßt. Auch der Herr Wolff hier, den wir Onkel nennen, ist ein guter Mensch. Er gefällt mir eigentlich von allen Menschen am besten hier.“

„Am Mittwoch haben wir Schweinefleisch gegessen. Das ist immer mein Fasttag, wenn's das gibt. Ich habe mir Limburger Käse gekauft und für dreißig Pfennige auf einmal richtig aufgegessen. Morgens nehme ich mir ein Bröckchen mit. Ich bekomme immer so einen argen Hunger um zehn Uhr herum. Ich trink jetzt auch Kaffee morgens. Der Kaka hat mich zu hartleibig gemacht.“

„So, Ihr habt einen neuen Kaplan? Du wirst aber deshalb nicht mehr in die Kirche gehen. Ich muß jeden Sonntag drin sein und die Lustig führen. Und ich tät Sonntags am liebsten ausschlafen oder früh in den Wald gehen. Frühstücken trink ich Sonntags manchmal, aber ich bekomme immer Kopfschmerz drauf.“

Was will denn die Emilie in der Kochschule? Was die einmal für den Franz zu kochen hat, kann sie dabei lernen. Ich hät das am Franz seiner Stelle nicht gelitten.

Sag mal, blühen der Stangin ihre Rosen schon? Und hat der Reges wirklich den Weisanz gebät? Und ist der Hintereingang von Seiber's Garten richtig zugemauert worden?

Na, Pfingsten komm ich. Gräbe die Felder und die Wiesen, die Wingerie und die Eulenmühle und alles, was schön bei uns ist und auch was garstig ist! Weißt du, wie ich mich genannt habe, liebe Mutter?

„Zappdoch!“ statt „Danzdoch!“

Er schrieb mit einem großen Schwung seinen Namen drunter. Nun hämmerten seine Pulse in den Schläfen wie ein paar glatte Hämmerelein, die das Schlagen nicht müde wurden.

Die Nacht war mild und gut und sang ihm bald ihr Wiegenlied.

(Fortsetzung folgt.)

Teile, wenn auch noch nicht überall auf das unbedingt notwendige Maß zurückgeführt worden. Nur in der schwerfälligen aufgebauten Verwaltung selbst wimmelt es noch von zahlreichem „Arbeitskräften“, die ganz auf entbehrlich werden können. Hier sollte der Magistrat den Gehel anwenden.

Damit gibt man aber endlich, wenn auch etwas gewöhnlich zu, daß bei den Arbeiten aber ziemlich arbeitslos anfaßt. Das wird die Herrschaften natürlich gar nicht abhalten, in der Waitation immer wieder das alte Lied zu wiederholen: Der rote Magistrat müdet die unersättlichen Arbeiter auf Kosten der Steuerzahler.

Eine große Obst- und Gemüseausstellung findet vom 16. bis 18. September im Rahmen der Jahrhundert-Ausstellung im Schlosspark Bellevue statt. Die großen Obstausstellungen des Havelgutes, Gransee, Perleberg, Veelitz, sind hervorragend vertreten. Vom Landesverband der Obst- und Gartenbauvereine haben die angeschlossenen Gruppen korporativ ausgestellt. Etwas ganz Neues bietet die Landwirtschaftskammer der Provinz Brandenburg dadurch, daß sie die sämtlichen Früchte ihres Normal-Sortiments nicht abgibt auf Teßlern, sondern an grünen Zweigen vorführt, um gleichzeitig die charakteristischen Blattformen und Triebbildungen zu zeigen. Zum Vergleich stellt die Stadt Berlin die auf den Kiefern gezogenen Obstsorten aus. Vertreter des Erwerbs- und Liebhaber-Obstbauers haben zahlreich angemeldet. Den Mittelpunkt des Gemüsegeltes nimmt eine echte Berliner „Marktführer“ ein, wie sie in ihrer eigenartig-praktischen Verpackung jeden Morgen aus den Vororten nach der Zentral-Markthalle eilen. In beiden Seiten des Frachtwagens sind alle nur denkbaren Gemüsesorten nicht nach ihren Früchten im Einzelaufbau, sondern nach Art, Gestalt und Farbe zu einem einheitlichen, reizvollen Bild angeordnet.

Circus Busch. Nach fast viermonatiger Sommerpause eröffnet der Circus heute Sonnabend seine Winterzeit, und zwar mit einem ebenso außerordentlichen wie reichhaltigen Programm. Als wahre Volkskunst-Stätte wird der Circus Busch auch in dieser Saison wieder an dem Grundsatze vollständiger Preise festhalten und von Mk. 25.— an dem Publikum bereitwillig Sühlgabe bieten. Auch die traditionelle Vergünstigung zu den Sonntags-Nachmittags-Vorstellungen (ein Kind frei) ist trotz oder gerade wegen der Unannehmlichkeiten der neuen Spielzeit mit Hinübergenommen worden. Im übrigen hat sich der Circusbusch eine Reihe baulicher Veränderungen gefallen lassen müssen. So den Umbau des großen Foyers in einen mit neuzeitlichem, aber erlesenen und gediegenem Geschmack ausgestatteten Festsaal.

In Leipzig kostet das Gas jetzt Kubikmeter 18 Mark, elektr. Licht 22 bzw. 20 Mark.

Der gemischte Chor „Weihenstephan“, M. d. D. M. S. V., veranstaltet heute, Sonnabend, 7 1/2 Uhr abends, in der Gemeindefesthalle, Viktoriastraße 2, einen großen „Bunten Abend“ mit anschließendem Tanz. Eintrittskarten zu 14 M. an der Abendkasse.

Vereinigung der Freunde für Religion und Völkerverständnis. Genosse Pfarrer Meier hält seine nächste religiöse Vortragsreihe am kommenden Sonntag, den 17. September, morgens 10 Uhr in der Trinitatiskirche, Charlottenburg, Karl-Luwig-Platz (unweit Untergrundbahnhof Nollendorfplatz) ab. Er wird sprechen über „Frau Sorge“.

Die Vereinigung veranstaltet am Dienstag, den 19. September, abends 7 1/2 Uhr, in der Schloss-Oberrealschule, Charlottenburg, Schillerstraße 125 (Nähe Aniel), einen „Ernst Toller“-Abend. Genosse Pfarrer Meier wird den religiös-revolutionären Geist, der aus den Werken des Dichters spricht, und der hinter bauerliche Rechenmanieren zu Tode genügt wird, beleuchten. Durch Vorträge des Mannescausauerins „Harmonie“ wird der Abend himmelhoch über dem Meer. — Der bekannte Volksdramatiker Ernst Friedrich wird aus den Werken des Dichters rezitieren.

Die Draisaruppe „Realität“ unserer Vereinigung beginnt mit der Einrichtung der Lesende am Montag, den 23. Oktober. Näheres wird später bekanntgegeben. Genosse Pfarrer Meier wird den ersten Abend einleiten, in dem er das Thema behandeln wird: „Was ist Religion“.

Alle diejenigen, die mitarbeiten wollen an der Schaffung einer großen internationalen Kulturgemeinschaft auf ethisch-sozialistischer Grundlage, auf dem Boden der sozialistischen Weltanschauung, sind hierzu eingeladen. Das Erziehungsproblem freie Erziehung in Schule und Haus wird ebenfalls behandelt werden. Anmeldungen nimmt schon jetzt entgegen: Emil Schönberg, Berlin-Steglitz, Rentensch. 4.

Gewerkschaftliches

Verbandsstag des Deutschen Eisenbahnerverbandes

Zu Beginn der Diensttagung teilte der Vorsitzende mit, daß die dänische Bruderorganisation dem Verbandstage zu seinen Arbeiten telegraphisch, besten Erfolgs wünschend; durch Eisenbahnerstreiks sei ihre Delegation am Erscheinen verhindert.

Zur weiteren Erledigung des Geschäftsberichts erstattet der Hauptkassierer Dräger den Kassensbericht.

Die Hauptkassiererei schließt für 1921 mit 47,8 Millionen Mark in Einnahmen und Ausgaben ab; die Ausgaben enthalten unter anderem für Krankenunterstützungen 1,9 Millionen, für Unterstützung bei Todesfall 877.000 Mark, bei Streiks 111.000 Mark, zusammen Unterstützungen einschließlich Nachsorge und 5,5 Millionen Mark. Hierzu kommt aus den Ortsklassen etwa eine halbe Million Mark. Der Ueberschuß der Hauptkasse betrug 1921 etwa 1,3 Millionen Mark, Kassenbestand rund 19,1 Millionen Mark. Die Grundstücke in Berlin haben rund 5 Millionen Mark Wert, sie sind mit 1,5 Millionen Mark Hypothek belastet, Vermögensbestand Ende August 1922 etwa 20,5 Millionen Mark. Bewegliches Vermögen pro Mitglied 61,61 M.

Als erfreulich bezeichnet es der Hauptkassierer, daß die Abrechnungen der Verwaltungsjahren prompter erfolgen. Eine erneute Beitragserhöhung ist trotz des guten Kassenstandes nötig, wenn das Verbandsvermögen nicht schwinden soll.

Ende März 1922 waren im DGB 440.228 Mitglieder, darunter 33.704 im Beamtenverhältnis und 33.999 weibliche, organisiert. Es fanden im Betriebsdienst 108.947, im Werkstättendienst 135.915, im Bahnunterhaltungsdienst 134.857.

In der Diskussion über den Geschäftsbericht wird vom Verbandsvorstand ein Schreiben der Arbeiter der Betriebswerkstätten München I der Generalversammlung zur Kenntnis gegeben. Es wird darin eine Beschäftigungsbeihilfe von 10.000 Mark und eine 10prozentige Lohnerhöhung gefordert. Als der Verbandsstag auf Vorschlag des Büros

über dieses Schreiben zur Tagesordnung übergeht, liegen sich die kommunistischen Kongreßteilnehmer zu sehr erregten Zwischenrufen hinreißen.

Vierter Verhandlungstag

In der Mittwochssitzung nahm der Verbandstag den Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegen: sämtliche Mandate wurden für gültig erklärt.

Ein Antrag, einen Befürworter des Bedingeverfahrens in der Diskussion sprechen zu lassen, wird angenommen. Dieser Redner wirft die Frage auf, ob der Verband die Nacht habe, das Bedingeverfahren zu beseitigen und kommt zur Verneinung der Frage.

In der Nachmittagsitzung behandelt der Vorsitzende des Deutschen Transportarbeiterverbandes, Schumann in einer fünfviertelstündigen Rede das Problem des Verkehrsverbands.

Er betonte, daß seine Organisation mit 582.000 Mitgliedern und 50 Millionen Mark Vermögen mit Ruhe der Zukunft entgegensehen könne. Es seien also keine egoistischen Motive, die ihn zum Eintreten für den Verkehrsverband veranlassen. Wenn der Vorstand des DGB den Versuch gemacht hätte, den Beschluß der Dresdner Generalversammlung durchzuführen, so stände es heute um die Einheitsorganisation besser. Aller Möglichkeit nach wäre dann auch die Reichsgewerkschaft für diesen Gedanken gewonnen worden. Er habe den Vorstand des DGB im vorigen Jahre zurückhalten müssen, damit er in der Frage der Dreiklassentheorie dem ADGB nicht nachgebe. Wäre im DGB eine Urabstimmung vorgenommen worden, sie hätte nach Meinung Schumanns eine große Mehrheit für den Zusammenschluß der beiden Verbände ergeben. Jetzt müsse, sagte der Redner weiter, die Verantwortung den Kollegen des DGB überlassen bleiben, die glaubten, die Entwicklung aufhalten zu sollen. Sollte eine Verschmelzung nicht zustande kommen, dann müsse unbedingt die Arbeitsgemeinschaft forgesetzt werden.

In der weiteren Diskussion über den Geschäftsbericht betont Luhs-Hamburg, daß die Mitglieder für den Zusammenschluß in den Verkehrsverband noch nicht reif seien. — Bernhard wirft Schumann vor, daß er in Verammlungen anders rede als wie in den verantwortlichen Körperchaften. Er übersehe auch die Schwierigkeiten in der Beamtensituation.

Apfisch (Vorstand) nimmt die Tarifabteilung gegen die erhobenen Angriffe in der Frage der geteilten Arbeitszeit, des Bedingeverfahrens und des Tarifwesens in Schutz.

Kohur berichtet über die Tätigkeit der Beamtensabteilung. Obwohl zeitweise nur drei Kollegen im Hauptbüro zur Verfügung standen, seien doch 1941 Verammlungen, Sitzungen, Verhandlungen und Konferenzen besucht worden. Aus der Tasche, daß nur zwei Diskussionsredner die Tätigkeit dieser Abteilung kritisiert haben, zieht der Redner den Schluß, daß die Generalversammlung mit ihrer Arbeit zufrieden sei.

Breunig (Vorstand) behandelt hierauf eingehend die Dienstanforderungen und betont, daß für den Vorstand bei der Mitarbeit gewerkschaftliche Grundsätze maßgebend waren.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

USPD. Gewerkschaftsangeestellte und Delegierte zur Gewerkschafts-Kommission

Am Mittwoch, den 20. September, abends 6 Uhr, wichtige Verammlung aller USPD-Gewerkschaftsangeestellten sowie der Delegierten zur Berl. Gew.-Kom.

Tagesordnung: 1. Vortrag über unsere Aufgaben in der Zukunft. 2. Diskussion und Verschiedenes.

Der Saal wird noch bekanntgegeben.

Bez.-Verb. Berlin-Brand. USPD.

J. A. H. Sol.

Neues Lohnabkommen im Berliner Holzgewerbe

Nach Ueberwindung der größten Schwierigkeiten, welche die Arbeitgebersverbände Berlin bei der Lohnregelung den Holzarbeitern machten, ist es am 14. d. Mts. zu einer Lohnvereinbarung gekommen, zu der die Funktionäre der unter dem Reichsmittelvertrag stehenden Betriebe Stellung nahmen.

In einer überfüllten Versammlung wurde vom Bevollmächtigten Boese das Verhandlungsergebnis vorgetragen und nach einer lebhaften Debatte gegen eine ardere Minderheit angenommen.

Demnach wird für Nacharbeiter und Nacharbeiterinnen ab 2. bis 15. September ein Zuschlag von 25 Prozent und ab 16. bis 30. September ein weiterer Zuschlag von 20 Prozent angewandt.

Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen erhalten ab 2. bis 15. September einen Zuschlag von 25 Prozent und ab 16. bis 30. September 15 Prozent, so daß für den Monat September für Nacharbeiter und Nacharbeiterinnen eine Gesamtzulage von 45 Prozent und für Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen eine solche von 40 Prozent feststeht.

Die Löhne betragen ab 16. bis 30. September 1922 in den ersten Alterskategorien: für Nacharbeiter 88,25 M., für Hilfsarbeiter 60,85 M., für Nacharbeiterinnen 58,15 M., für Hilfsarbeiterinnen 47,95 M. pro Stunde.

Als Monatsauszahlung für Berlin werden gezahlt: Ab 2. bis 15. September 3,05 M., ab 16. bis 30. September 3,55 M. pro Stunde für außerhalb pro Tag einchl. Sonntags 175 M. bzw. 203 M.

Vorstehendes Lohnabkommen ist bereits unterzeichnet und tritt für die Zeit vom 2. bis 30. September 1922.

Druckereiarbeiter können im Büro des Holzarbeiterverbandes, Rinnstraße 30, Zimmer 5, zum Selbstkostenpreis entgegengenommen werden.

Die Arbeitszeit in der Metallindustrie

In der neuesten Nummer der Wochenbeilage der „Metallarbeiter-Zeitung“ nimmt die Berliner Ortsverwaltung zu der veränderten Situation, die sich durch die Arbeitszeitverlängerung, von 46 1/2 auf 48 Stunden pro Woche, erachsen hat. Die Ortsverwaltung betont, daß es von jeder das Bestreben der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gewesen wäre, nach Möglichkeit den freien Sonnabendnachmittag durchzuführen. Bei der 46stündigen Arbeitswoche war dies leicht durchzuführen, ohne dabei das Prinzip des Achtundtags zu durchbrechen. Wenn auch in einzelnen Betrieben mit dem Betriebs- oder Arbeiterrat durch Vereinbarung eine kurze Ueberbrückung der achtstündigen reinen Arbeitszeit erfolgt war, so seien dies doch nur Ausnahmefälle gewesen, die zum großen Teil auch noch technisch bearbeitet waren.

Da durch die 48-Stunden-Woche jetzt eine Veränderung in der bisherigen Arbeitszeit erfolgen muß, empfiehlt die Berliner Ortsverwaltung ihren Mitgliedern, lieber auf den freien Sonnabendnachmittag zu verzichten, als an den anderen Werktagen über acht Stunden zu arbeiten. Die 48stündige Arbeitszeit soll also gleichmäßig auf die sechs Arbeitstage verteilt werden, auch wird empfohlen, daß bei durchgehender Arbeitszeit die Frühstücks- und Mittagspausen nur je eine Viertelstunde betragen sollen. Dadurch würde ebenfalls ein Ausgleich geschaffen.

Die Ortsverwaltung erwartet, daß die gemachten Anrechnungen bei den Nachverhandlungen über die Verteilung der täglichen Arbeitszeit sowie der Pauseneinteilung von den Betriebsräten beachtet werden, weil damit den Interessen der Arbeiterschaft am besten abgetrieben.

Lohnunterschieden im Großhandel

Zeit Mitte August drängt der Deutsche Transportarbeiter-Verband auf zeitentsprechende Löhne im Handels- und Gewerbe. In dem dem Groß-Berliner Arbeitgeber-Verband des Großhandels angeschlossenen Branchen: Chemikalien, Mineralöle und Fette, Glas und Keramik, Altimetall, Textilwaren, Lederwirtschaft, Samen- und Kolonialwaren, werden heute noch Löhne von 1400 M. bis 1650 M. pro Woche an den verheirateten männlichen Arbeitskräften mit versorgungspflichtigen Kindern gezahlt.

Verhandlungen im Anfang voriger Woche führten zu keinem zufriedenstellenden Resultat, recht bescheidene Mindestforderungen wurden kurzerhand abgelehnt. Mitte September erklärt dieser Arbeitgeberverband ganz lakonisch: „ruft den Schlichtungsausschuß an“.

Die Branchen des Handelsgewerbes, die ihre Preise täglich in ungeheurerlicher Weise erhöhen, — siehe Schuh- und Lederwaren, Textilien aller Art — sie können angeblich ihren Angestellten nicht einmal so viel an Wochenlohn bezahlen, wie sie für einen Stiefel, für 1/2 Meter Stoff erhalten.

Am Sonnabend, den 16. September, mittags 1 Uhr, demonstriert das gewerbliche Personal obenbenannter Branchen in einer durch Säulenanschlag bekanntgemachten öffentlichen Protestversammlung auf dem Neuen Markt, Kaiser-Wilhelm-Straße,

gegen die Hungerlöhne im Handelsgewerbe.

Die Arbeiterschaft ist nicht länger willens, sich eine derartige Behandlung von dem Arbeitgeber-Verband gefallen zu lassen. Sie ist es sich und ihren Familien schuldig, mit allen Mitteln für menschenwürdige Löhne zu sorgen. Sie demonstriert gegen den schleppenden Gang der Verhandlungen. Es ist daher zu erwarten, daß alle Berufsangehörigen am Sonnabend mittags 10 Uhr die Arbeitshellen verlassen, daß sie in geschlossenen Mägen vollständig und pünktlich um 1 Uhr an der Kundgebung teilnehmen.

Heraus zum Protest! — Niemand darf fehlen!

Mißbrauchte Unterschrift

Die Deutsche Filmgewerkschaft, Ortsverwaltung Groß-Berlin, teilt mit, daß der Vorkriegsarbeiter-Verband (VAV) Berlin die Unterschrift unter die in verschiedenen Quotienten abhängenden arden gelben Plakate ohne Zustimmung dieser Gewerkschaft vorgenommen hat. Der Hinweis der Kinobesitzer, daß die Erlaubnis zur Unterschrift im Tarifvertrage schwebend ist, ist unzulässig, da dieser Tarif von der Kinobesitzerorganisation für aufgebunden erklärt wurde. Die Deutsche Filmgewerkschaft wird gegen jedes Lichtspieltheater vorgehen, welches die gelben Plakate mit der falschen Unterschrift aushängen hat.

Graphische Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen! Montag, den 18. September, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1, Verammlung aller Funktionäre einschließlich der Lohnkommission, Tagesordnung: Bericht über die Tarifausdehnung. Da unter Punkt 2 der Tagesordnung äußerst wichtige Sachen zu besprechen sind, so erliegen die, wird das vollzählige Erscheinen aller Funktionäre erwartet. Der Ortsvorstand.

Parteiveranstaltungen

Sonnabend, den 16. September 1922

3. Verammlungsbezirk (Wedding). Abends 7 Uhr Verammlung der Stadt- und Bezirksverbände im Sitzungssaal des Reichstags, Schönebergstr. 1, 5. St., Verammlungsvorbereitung um 5 1/2 Uhr ebenda.

8. Bezirk 6 Uhr Verammlung der 2. Abteilung der Ortsvereine, Reichs-Bezirk Sitzung der Geschäftsleitung 7 Uhr im Parteibureau.

Sonntag, den 17. September 1922

17. Bezirk, Arbeitsgemeinschaft der Arbeitervereine. Sie veranstalten einen Ausflug nach Sedow-Quellort—Süd-Sandow. Treffpunkt der Arbeiter in Döberitz: Trambahn-Ende Reichstraße, am Döberitz-Strassen-Kreuzung, am Schwarzen Meer um 8 Uhr; am Bahnhof Stralauer-Rummelsburg—Ende Reichstraße, Bahnhof Neu-Hakenberg, Bahnhof Lichtenberg—Friedrichstraße um 10 Uhr, am Bahnhof Kaulsdorf um 9 Uhr. Die Keller haben rote Kränze. Gehgeld 3 M.

Vereinskalender

Sonnabend, den 16. September

Wand der technischen Maschinen und Beamten, Mitgliederversammlung Dammberg Reichsdorf, Hermannstraße 35, abends 7 1/2 Uhr.

Sonntag, den 17. September

Freireisende Gewerkschaft. Verammlung 10 1/2 Uhr im Stadthaus, Klosterstraße 58, Jandowstr. Treffpunkt von Frau M. Reiche, Darmenhaus, Selge, Selweg. Eintrittspreis 7 M., Kinder 4 M.

Arbeiterport

Neue Turnabteilungen im Arbeiterport. Die Freie Turnerische Groß-Berlin eröffnet nun auch für die Arbeiterport des Südostens Turnabteilungen, und zwar turnen Männer und Jugendliche Dienstag von 8—10 Uhr abends in der Turnhalle Holzberger, Ude-Hofstr. 1, 1. Schiller-Abteilung, Mittwoch 4—6 Uhr, 1. Schiller-Abteilung, Donnerstag 4—6 Uhr, 1. Schiller-Abteilung, Freitag 4—6 Uhr, 1. Schiller-Abteilung, Samstag 4—6 Uhr, 1. Schiller-Abteilung.

Der Turn- und Sportverein „Nixe“, Rosenfeld, hält im Winterhalbjahr seine Turnstunden wie folgt ab: Rosenfeld: Montag 6—7 1/2 Uhr 2. Schiller-Abteilung, Dienstag 4—6 Uhr, 1. Schiller-Abteilung, Mittwoch 4—6 Uhr, 1. Schiller-Abteilung, Donnerstag 4—6 Uhr, 1. Schiller-Abteilung, Freitag 4—6 Uhr, 1. Schiller-Abteilung, Samstag 4—6 Uhr, 1. Schiller-Abteilung.

Der Turn- und Sportverein „Nixe“, Rosenfeld, hält im Winterhalbjahr seine Turnstunden wie folgt ab: Rosenfeld: Montag 6—7 1/2 Uhr 2. Schiller-Abteilung, Dienstag 4—6 Uhr, 1. Schiller-Abteilung, Mittwoch 4—6 Uhr, 1. Schiller-Abteilung, Donnerstag 4—6 Uhr, 1. Schiller-Abteilung, Freitag 4—6 Uhr, 1. Schiller-Abteilung, Samstag 4—6 Uhr, 1. Schiller-Abteilung.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Mann, Berlin; für den Anzeigen- und geschäftlichen Teil: Kurt Röhler, Berlin, — Verlagsgesellschaft „Freiheit“, e. o. m. b. H., Berlin, — Druck von Gehring & Reimers, G. M. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstr. 75.